



Länderbericht Nordrhein-Westfalen

(Stand Juli 2009)

I. Stand der Ausstattung

Die Justiz NRW ist vollständig mit moderner Informationstechnik ausgestattet. Es sind insgesamt rund 29.000 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet; hinzu kommen rund 2.200 Schulungs- und Ausbildungsplätze. Alle Arbeitsplätze sind lokal vernetzt und an das Landesverwaltungsnetz (LVN) angeschlossen. Neben moderner Bürosoftware (MS-Office, Fax, E-Mail) stehen ca. 70 Fachverfahren zur Unterstützung der Justizangehörigen zur Verfügung.

II. Zentrale Betreuungsstrukturen

Die zentralen Strukturen der IT-Betriebsorganisation in NRW mit den Kernelementen

- Technisches Betriebszentrum (TBZ),
- Validierungszentrum (VZ),
- zentrale Problembehandlung (Beratungstelefon Informationstechnik [BIT]) und
- Zentralbeschaffung durch die Zentrale IT-Beschaffungsstelle (ZIB)

haben sich im täglichen Betrieb bewährt. Der zentralen Netz- und Systemüberwachung der Infrastrukturserver kommt im Hinblick auf IT-Sicherheit und Virenschutz immer größere Bedeutung zu.

III. Fachanwendungen

In den Geschäftsbereichen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen kommen folgende Anwendungen zum Einsatz:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Elektronische Grundbuchführung

Die Software SolumSTAR ist bei allen 130 Amtsgerichten erfolgreich im Echteinsatz, darunter befinden sich alle großen Standorte wie Düsseldorf, Bielefeld, Essen, Köln und Dortmund. Die einzelnen Prozesse greifen gut ineinander, der Umstellungsbetrieb läuft nahezu reibungslos. Seit 2007 werden die ca. 6 Millionen Grundbücher des Landes Nordrhein-Westfalen elektronisch geführt. Mehr als die Hälfte aller Grundbuchgerichte befinden sich bereits im zentralisierten Betrieb bei IT.NRW in Hagen. Bisher wurde ein Viertel der Gerichte auf den zentralen Betrieb umgestellt. Die ALB-Anbindung ist inzwischen landesweit eingeführt. Die Internet-Grundbucheinsicht befindet sich mit ca. 4.000 Teilnehmern im kostenpflichtigen Echtbetrieb. Seit 2008 besteht für die Teilnehmer die Möglichkeit über die Internet-Grundbucheinsicht auch automatisiert Grundbuchauszüge zu bestellen. Zurzeit wird an einer direkten Verbindung zwischen Grundbuch und Liegenschaftskarte gearbeitet.

Elektronisches Handelsregister

Das elektronische Handels- und Genossenschaftsregister ist bei allen 30 Amtsgerichten eingeführt, bei denen die Registerführung konzentriert wurde. Der landesweite Datenbestand ist mit Ausnahme einiger weniger historischer Registerblätter vollständig erfasst. Das elektronische Vereinsregister befindet sich bei 31 Standorten im Echteinsatz. Die Konzentration der Vereinsregister schreitet weiter voran. Die elektronischen Register sind flächendeckend auf eine Terminalserverlösung umgestellt. Bis Ende Januar 2009 wurde ein landesweiter Abgleich mit den Registern anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Dies hat zu einer weitreichenden Bereinigung der Register um erloschene Zweigniederlassungen ausländischer Firmen geführt. Seit Sommer 2009 findet nunmehr eine kontinuierlicher Datenabgleich mit den anderen Registern statt.

JUDICA/TSJ

Das DV-Verfahren JUDICA mit dem hieran angeschlossenen Textsystem Justiz (TSJ), mit dem Richter, Rechtspfleger und Servicekräfte unter Nutzung der in JUDICA gespeicherten Daten Verfügungen erstellen, aus denen automatisiert die versendungsreifen Reinschriften erzeugt werden, löst als datenbankgestütztes Fachsystem für den gesamten Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit die als Zwischenlösungen in der Justiz in NRW konzipierten Verfahren ab. Aufgrund seiner modularen Struktur und seines hohen Grades an Flexibilität bildet JUDICA die Grundfunktionen aller Fachbereiche und Gerichtsbarkeiten ab und ist jeweils erweiterbar um erforderliche Fachfunktionen für alle Bereiche. JUDICA unterstützt die Bearbeitung der anfallenden Aufgaben aller Dienstzweige und Funktionen in den Zivil-, Familien-, Straf- und Insolvenzabteilungen in allen Instanzen und stellt damit die wesentliche Basisunterstützung im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit in NRW dar.

JUDICA/TSJ wird sukzessive für weitere Fachbereiche ausgebaut. Die Programmerstellung für den Zivil-, Familien- und Straf- und Insolvenzbereich ist abgeschlossen. In Zivilsachen arbeiten inzwischen alle 130 Amts-, 19 Land- und 3 Oberlandesgerichte mit JUDICA/TSJ. Auch in Insolvenzsachen wurde das Verfahren IT-Inso bei den 19 mit Insolvenzsachen befassten Amtsgerichten durch das entsprechende Modul von JUDICA/TSJ ersetzt. In Familiensachen ist JUDICA/TSJ bei allen Amts- und Oberlandesgerichten, in Strafsachen bei allen Amts- und Landgerichten im Einsatz.

Automatisiertes Zentrales Schuldnerverzeichnis

Das IT-Verfahren AUSCHU (AUtomaticsgestütztes SCHUldnerverzeichnis) unterstützt die Zwangsvollstreckungsabteilungen bei den Amtsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen. AUSCHU beinhaltet eine zentrale Speicherung der Einträge in das Schuldnerverzeichnis gem. § 1 SchuVVO. Das Programm wird derzeit auch im Hinblick auf die geplante Gesetzesnovellierung unter dem Arbeitstitel "Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung" einem umfassenden Redesign unterzogen. Das neue Verfahren Ve\$uV wird neben den Schuldnerdaten auch die Vermögensverzeichnisse zum Zwecke der zentral zur Auskunft bereitstellen können (Portallösung).

Staatsanwaltschaften

In den nordrhein-westfälischen Staatsanwaltschaften wird flächendeckend das Verfahren MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) eingesetzt. MESTA kommt auch in den Ländern Brandenburg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein zum Einsatz. Der Roll-Out des Verfahrens ACUSTA, das eine umfassende und komfortable Texterstellung bei den Staatsanwaltschaften unter Nutzung der im Verfahren MESTA gespeicherten Daten bietet, ist im Frühjahr 2009 abgeschlossen worden. Nahezu zeitgleich wurde mit der Einführung der elektronischen pdf-Zweitakte bei den Staatsanwaltschaften begonnen, die als elektronisches Pendant zur herkömmlich geführten Papierakte die Vorteile elektronischer Akten, insbesondere bessere Recherche, gleichzeitiger Zugriff von verschiedenen Mitarbeitern auf die Akte etc., erschließt.

Fachgerichtsbarkeiten

VG/FG

Das DV-Verfahren VG/FG ist seit April 1996 für den landesweiten Einsatz in den Verwaltungs- und Finanzgerichten in NRW freigegeben. VG/FG unterstützt die Arbeitsbereiche Geschäftsstellenverwaltung, Richterarbeitsplatz, Kanzlei, Kostenberechnung und verschiedene Querschnittfunktionen. Die Vollausrüstung aller Arbeitsplätze in der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit konnte planmäßig im Jahr 1999 abgeschlossen werden. Anfang 2006 wurde das Verfahren durch Integration weiterer Produkte um Funktionen zur rechtssicheren verbindlichen Übertragung von Dokumenten (Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach - EGVP) und zum Dokumentenmanagement (DOMEA) ergänzt.

SHARK

Seit 1997 wird das System SHARK flächendeckend eingesetzt. Das Verfahren wurde auf eine Oracle-Datenbank umgestellt. Ferner wurde die Dokumentenverwaltungskomponente von DOMEA integriert.

LISA

Seit 1999 sind flächendeckend bei allen Sozialgerichten IT-Arbeitsplätze eingerichtet. Über den Netzwerkrechner des Landessozialgerichts in Essen sind alle Sozialgerichte verbunden und an das Landesverwaltungsnetz angeschlossen. Das Verfahren LISA wurde Ende 2004 neu gestaltet („LISA-Web“).

Soziale Dienste NRW

Das zur IT-Unterstützung der sozialen Dienste in der Justiz NRW vorgesehene DV-Verfahren SoPart[®]-Justiz befindet sich derzeit im Roll-Out für die Fachbereiche der Bewährungshilfe, der Gerichtshilfe und dem Sozialdienst im Vollzug. Die flächendeckende Einführung für die unterstützten Fachbereiche ist abgeschlossen. Das DV-Verfahren wird auf Basis einer Terminalserverinfrastruktur mit Zugriff über das Landesverwaltungsnetz bei dem Gemeinsamen Gebietsrechenzentrum Hagen betrieben. Die Daten werden in einer zentralen Oracle-Datenbank gehalten. Alle SoPart-Anwender finden den gleichen Programm-Aufbau vor; die Bildschirmoberflächen unterscheiden sich lediglich durch fachbereichsspezifische Bedienelemente. In dem DV-Verfahren sind neben fachspezifischen Arbeitshilfen die Stammdatenverwaltung, die datenbankgestützte Erzeugung von Korrespondenz, die Registerführung und die automatisierte elektronische Erhebung der Zählkarten sowie ein Kalender mit Erinnerungs- und Aufgabenfunktionen enthalten.

Strafvollzug

Der Bereich des Strafvollzuges ist bereits seit Ende des Jahres 2000 flächendeckend mit Informationstechnik ausgestattet. Rund 4.500 moderne Bildschirmarbeitsplätze ermöglichen allen 8500 Bediensteten im Justizvollzug den Zugriff auf Standardbürokommunikationssoftware, E-Mail sowie umfangreiche komfortable Informationsangebote im jeweiligen behördeneigene Intranet, dem gemeinsamen Landesintranet der Justiz und im Internet. Bewährte Fachverfahren unterstützen das Personal auf den verschiedensten Tätigkeitsfeldern. Herausragend ist dabei das IT-Verfahren BASIS (Buchhaltungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug), das als "monolithisches" Verfahren nahezu alle Bereiche des Justizvollzuges abdeckt. Nachdem der Schwerpunkt der Tätigkeiten zunächst auf der Umstellung des Verfahrens im Rahmen des Projektes BASIS-Web und dessen landesweiter Einführung lag, wird

aktuell besonderer Wert auf die Auswertung der vorhandenen Daten gelegt, etwa um landesweite Statistiken zu vereinfachen und zu automatisieren, eine zentrale Haftdatei zu nutzen oder auch Management-Entscheidungen durch entsprechende Informationen gezielt zu unterstützen. Daneben werden weitere Aufgabenfelder in Justizvollzugseinrichtungen, die bisher nicht oder nur rudimentär IT-unterstützt wahrgenommen wurden, in das IT-Verfahren BASIS-Web integriert; dazu gehören insbesondere die Bereiche Ärztlicher Dienst und Verpflegung der Gefangenen. Weitere vollzugsspezifische Fachverfahren, etwa zur IT-Unterstützung der Arbeitsverwaltung sowie der Dienstplanung, sind zwischenzeitlich flächendeckend eingeführt.